

CVP POST

August 2013 | www.cvp.ch

Die CVP-Post ist das wieder gegründete Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. Die CVP-Post ist online basiert und soll wie ein Newsletter für unsere Mitglieder funktionieren. Es wird Ihnen zusätzlich auch eine gedruckte Version dieses neuen Parteiblatts zugesandt. In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert. Die Redaktion liegt im Sekretariat der CVP Basel-Stadt bei Patrick Huber.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch. Und jetzt wünschen wir Ihnen noch eine spannende und interessante Lektüre!

Ladenöffnungszeiten liberalisieren? Mitnichten!

von Markus Lehmann

Von den Gegnern des neuen Arbeitsgesetzes, über das am 23. September abgestimmt wird, hört man es immer wieder: «Ihr wollt nur die Ladenöffnungszeiten liberalisieren», «Das Personal muss noch länger arbeiten» usw.

Bei dieser Abstimmung geht es jedoch um etwas ganz anderes und die fadenscheinigen Argumente werden nur verwendet, um die Gewerkschaften und ihre Sympathisanten auf den Plan zu rufen.

Momentan dürfen Tankstellen zwar an 24 Stunden pro Tag Personal beschäftigen und auch ihre Shops geöffnet haben, allerdings dürfen in der Nacht nur Produkte verkauft werden, die vor Ort konsumiert werden können. Konkret heisst das, dass zwischen 01.00h und 05.00h zwar ein Brot, ein Klöpfer oder Getränke verkauft werden dürfen, allerdings keine Bratwürste, Deos oder Blumensträusse. Zurzeit müssen die Tankstellenshops während den erwähnten vier Stunden die Regale mit den «illegalen» Produkten gar abdecken und die Kühltruhen abschliessen. Auch das Argument der drohenden 24-Stunden-Gesellschaft kann ich nicht nachvollziehen. In der Schweiz existieren gerade einmal 24 Tankstellenshops die

rund um die Uhr geöffnet haben – sie liegen bspw. auf Autobahnraststätten, wo das Bedürfnis der Bevölkerung da ist, auch nachts einkaufen zu können.

Um dieses unsinnige Verkaufsverbot aus der Welt zu schaffen, bitte ich Sie am 23. September ja zum neuen Arbeitsgesetz zu stimmen, denn es geht einzig und allein um eine Teilrevision des Arbeitsgesetzes und um nichts anderes.



23. September

JA
Sui
Sui

zum neuen
Arbeitsgesetz

Schöner Wohnen – für alle

von Andrea Strahm



Eine Wohnung am Rhein, mit Läden in nächster Nähe, alles gut erreichbar, so stelle ich mir mein Zuhause vor, wenn die Kinder ausgeflogen sind. Vor einem Vierteljahrhundert hingegen brauchten wir geräumige Kinderzimmer, eine täglich funktionierende Waschmaschine, einen Garten. Und tolerante Nachbarn, die nicht gleich meckern, wenn es laut zu und her geht. Die Stadt brauchte ich nicht unbedingt, dafür Natur und den Wald in der Nähe. Und natürlich zahlbar, das Ganze. Die Bedürfnisse ändern, aber was nicht ändert, ist, dass jeder das, was er selber gerade will, als allgemeingültig für alle betrachtet. Haben wir Kinder, soll die Umgebung tolerant sein, haben wir keine, dann bitte ruhig. Fahren wir Velo, sollen die Autos verschwinden und wenn nicht, dann müssen Parkplätze her. Die Bedürfnisse der andern und der Gemeinschaft zu erkennen, scheint vielen nicht möglich zu sein.

Basel hat enge Grenzen und wir brauchen die Leute, die hier wohnen. Vor allem auch solche, die Steuern bezahlen, denn die wandern ab. Wir haben in der Stadt eine Bevölkerungsstruktur, bei der die niederen Einkommen dominieren. Wie Regierungspräsident Morin festgehalten hat,

kosten 40% der Mieten weniger als 1000 Franken. Es fehlt also nicht an günstigem Wohnraum, sondern es fehlt generell an Wohnungen, seit längerem, und zwar für alle Einkommensklassen. Deshalb wurde vor über zehn Jahren das Impulsprojekt «Logis Bâle» geschaffen, welches die Bereitstellung von 5000 neuen Wohnungen an guten Lagen vorsah. Es entstanden immerhin über 4000 entsprechende Wohnungen.

Die Mieterschutzinitiativen versuchen nun, diese Errungenschaft wieder umzukehren. Es soll möglichst viel günstiger Wohnraum für Leute mit geringem Einkommen entstehen, und günstige Wohnungen, wie sie regelmässig in sanierungsbedürftigen Liegenschaften vorhanden sind, sollen nicht "teuer" renoviert werden dürfen. Es sollen Zonenvorschriften her, die für eine Quartierdurchmischung sorgen, und Genossenschaften sollen gefördert werden, wobei es naiv ist zu glauben, Genossenschaften seien automatisch sozial. Mit andern Worten: man will heute das Gegenteil dessen, was vor zehn Jahren, einvernehmlich durch alle Parteien hindurch, angestrebt wurde. Denn die solventen Mieter, die das alles bezahlen sollen, die will man nicht.

Mit Verlaub: so geht das nicht. Die Ziele von «Logis Bâle» wurden nicht ganz erreicht. Die Regierung hat das erkannt, und will Massnahmen ergreifen, die sich in ihrem Gegenvorschlag niedergeschlagen haben. Der Wohnungsbau soll gefördert werden, unnötige Bauhindernisse sind zu beseitigen. Da sich der Preis einer Wohnung über die Nachfrage diktiert, werden die Mieten günstiger, wenn der Wohnungsmangel abnimmt. Der Wohnungsbau wird in den allermeisten Fällen privat finanziert. Werden den Privaten aber, wie dies die Mieterschutzinitiativen wollen, zu viele Vorschriften auferlegt, dann werden keine Wohnungen gebaut, womit auch die Preise für die Mieten nicht herunterkommen werden. Die Mieterschutzinitiativen sind folglich Rohrkrepierer. Den Gegenvorschlag der Regierung hingegen, der den Wohnungsbau fördert und unnötige Hindernisse beseitigt, den sollten wir annehmen. Und zwar egal, ob wir derzeit urbanes Leben als Kinderlose anstreben oder uns familiengerechtes Wohnen zu günstigem Zins wichtig ist.

Podiumsdiskussion zum neuen

Verkehrskonzept Gundeli

Am 10. September 2013

Gundeldinger-Casino, Güterstrasse 211, 1. Stock

19:30h bis ca. 21:00h

**Verkehr... Verkehrskonzept... Bus-Gegenverkehr...
Tempo 30...Velo-Gegenverkehr... Entlastung... Ver-
kehrsberuhigung...**

Daniel Albietz nominiert & auf bürgerlichem Ticket

von Patrick Huber

Bereits Ende Mai hat die CVP Riehen/Bettingen Gemeinderat Daniel Albietz einstimmig zur Wiederwahl nominiert. Angesichts des beachtlichen Leistungsausweises von Albietz in der laufenden Legislatur, war die Nomination an der Parteiversammlung eine reine Formsache.

Ungleich spannender war das Projekt, ein gemeinsames bürgerliches Ticket zustande zu bekommen. CVP, FDP und SVP waren sich einig, dass jede Partei eine Person für den Gemeinderat portieren soll und man gemeinsam einen Gemeindepräsidenten nominiert. Die LDP hingegen

beharrte weiterhin auf zwei Sitzen im Gemeinderat (davon zusätzlich das Gemeindepräsidium) und dies obwohl die FDP wie auch die SVP bei den letzten Gesamterneuerungswahlen mehr Wählerprozente erzielten und damit auch seit vier Jahren mehr Einwohnerräte stellen als die LDP. Und so kam es wie es fast immer kommt, wenn zwei Fronten aufeinander treffen und keiner nachgeben will: Es kracht.

Die LDP ging an die Medien und verkündete die Nomination von Christoph Bürgenmeier als Gemeinderat und von Thomas Strahm als Gemeinderat und

Gemeindepräsident. Die verbliebenen bürgerlichen Parteien einigten sich auf ein gemeinsames Ticket und veröffentlichten ihre Kandidaten ebenfalls. Auch wenn es bei der grossen bürgerlichen Zusammenarbeit momentan noch ein bisschen harzt, hat noch keine Seite die Türe endgültig zugeschlagen, denn alle Parteien haben sich in der Richtung geäussert, dass man immer noch ein grosses bürgerliches Ticket anstrebt. Bleibt zu hoffen, dass die LDP in nächster Zeit einsieht, dass sie mit fünf von 40 Einwohnerräten schlicht nicht die Legitimation hat, zwei von sieben Gemeinderäten zu stellen.



Jetzt!

im Freundes- und
Verwandtenkreis für
die CVP Basel-Stadt
Begeisterung wecken!

Parolen der CVP Basel-Stadt

für die Abstimmungen vom
22. September 2013

Kantonale Vorlagen

- Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!
NEIN
- Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!
NEIN
- Gegenvorschlag für ein Gesetz über Wohnraumförderung (WRFG)
JA
- Stichfrage
Gegenvorschlag
- Initiative «CentralParkBasel»
JA

Eidgenössische Vorlagen

- Initiative der GSoA: Aufhebung der Wehrpflicht
NEIN
- Epidemiengesetz: Revision
JA
- Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops
JA

Was bewirkt eine Abschaffung der Wehrpflicht?

von Patrick Huber



Als aktiver Soldat klingt die Initiative der GSoA verführerisch. Ich opfere drei bis vier Wochen pro Jahr, um viele (zumindest aus meiner Sicht) unsinnige und wenige sinnvolle Dinge zu tun. Während dieser Wochen arbeite ich durchschnittlich 14 Stunden pro Tag – meist körperlich - für 67.- Franken pro Tag (62.- EO plus 5.- Sold), habe kaum Privatsphäre und die Wochenenden sind auch einiges kürzer als in der normalen Arbeitswelt. Für meine persönliche, eigene kleine Welt würde die Abschaffung der Wehrpflicht also deutlich mehr Vorteile bewirken, denn falls die Initiative angenommen wird, werde ich schnellstmöglich aus der Armee austreten und mich während der gewonnenen Zeit anderen Dingen widmen.

Doch in der Politik sind die Dinge nicht immer so einfach, wie in der eigenen kleinen Welt des Soldaten Huber. Es geht darum, dass man die Interessen der Bevölkerung und des ganzen Landes über die eigenen stellt. Man kann sich einfach ausmalen, dass die meisten Soldaten – vermutlich im Gegensatz zu Offizieren – aus der Armee austreten würden, denn sie leisten nicht freiwillig Militärdienst (Grenadiere etc. mal ausgenommen) und einige könnten wahrscheinlich auch ihre berufliche Situation verbessern, wenn sie nicht drei Wochen pro Jahr am Arbeitsplatz fehlen würden. Da die Initiative explizit eine Berufsarmee verbietet (und die übrigens auch bei einem kleinem Bestand einiges teurer wäre) und der Armee die Soldaten davon laufen werden, muss sie – um einen einigermaßen einsatzfähigen Bestand zu halten – attraktivere Voraussetzungen wie z.B. höhere Entschädigungen schaffen, um junge Männer in die Armee zu locken. In den Militärdienst werden so vermutlich nur noch einige äusserst traditionelle, überzeugte Militaristen gehen. Die Stärke des Milizsystems – nämlich dass die Führungspersonen aus Wirtschaft und Gesellschaft auch eine militärische Führungsperson innehaben – wäre dahin. Die Armee würde sich zu einer Organisation entwickeln, deren Mitglieder “Rambos“ mit einem Hang zu “Waffen- und Militärgeliebtheit“ wären und vermutlich gäbe es auch noch jene, die trotz eher bescheidenen Führungsqualitäten die Chance nutzen wollen,

eine Führungsposition auszuüben. Die Armee verkäme zu einem kleinen Staat im Staat, ohne dass der Durchschnittsbürger hineinsieht oder gar eine gewisse Kontrollmöglichkeit hätte.

Da nur die allerwenigsten eine solche Armee möchten, müssten die Initianten ehrlich sein und zugeben, dass die Annahme Initiative ein grosser Schritt in Richtung Abschaffung der Armee wäre. Nebenbei würde auch der ganze Zivildienst zusammenbrechen – als Folge würden in Spitälern, Altersheimen und Waisenhäusern etc. plötzlich die günstigen Zivildienstleistenden fehlen.

Und obwohl ich absolut kein überzeugter Militarist bin, finde auch ich, dass die Armee als letzte Versicherung absolut zeitgemäss ist:

– In einer Zeit, in der Naturkatastrophen eher häufiger als seltener auftreten und die Armee nun mal sehr schnell viele arbeitsfähige und gehorsame Personen aufbieten kann...

– In einer Zeit, in der es keine 15 Jahre her ist, dass weniger als 1000km von der Schweizer Grenze entfernt ein Krieg (Kosovokrieg) mehrere Tausend Todesopfer forderte...

– In einer Zeit, in der in mehreren Mittelmeerländern Bürgerkriege und damit Flüchtlingswellen drohen...

... ist es mir das eine Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) wert, eine Versicherung zu unterhalten, die zwar nicht über alle Zweifel erhaben ist, jedoch in Krisen- und Ausnahmesituationen bestimmt einen Teil zur Abschwächung dieser Situationen beitragen kann.

Ich bitte Sie deshalb – wenn Sie die Armee erhalten wollen – die Initiative abzulehnen und damit an der Wehrpflicht festzuhalten. Ich werde dann, zwar ohne Freude und mit gewisser Antriebslosigkeit, in den nächsten WK einrücken und dort meine Aufgaben erledigen – auch wenn diese mir nicht sinnvoll erscheinen, denn immerhin habe ich dann die Gewissheit, dass es im Sinne

der Bevölkerung ist, was ich im Militärdienst tue, denn nur für mich nehme ich diese Unannehmlichkeiten bestimmt nicht auf mich.

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft!

Juli

- 9. Marcel Jacomet (50)
- 10. Catherine Schill El Mekabaty (30)
- 12. Robert Bretscher (80)
- 19. Marco Tomasetti (30)
- 31. Peter Fierz (70)

August

- 3. Clotilde Felder-Tuor (90)
- 6. Tina Burkhard (40)
- 9. Rolf von Aarburg (60)
- 11. Christina Jenny Wüst (60)
- 15. Anneliese Nyfeler-Küng (60)

Veranstaltungen im 2013

Samstag 24. August
Sempacherfest

Dienstag 10. September
Podium Verkehrskonzept Gundeli
(Sektion Grossbasel-Ost)